

STUDIENGUTACHTEN

Investitionen in den Gemeinden

In Kooperation mit:

ÖSTERREICHISCHER
KOMMUNAL / VERLAG

Studienautor: Dr. Harald Pitters

Wien, Januar 2024

INHALTSVERZEICHNIS

AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG	3
STUDIENBEFUNDE	3
TABELLENBAND	19
FRAGEBOGEN	105

Dr. Harald Pitters

Allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger
Georg Sigl-Gasse 5/3
A-1090 Wien

STUDIENGUTACHTEN „INVESTITIONEN IN DEN GEMEINDEN 2024“

I. AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG

Gegenstand des vorliegenden demoskopischen Gutachtens ist die Evaluierung von Investitionen auf kommunaler Ebene, die auf einer standardisierten Befragung von 305 Entscheidungsträgern in österreichischen Gemeinden zu ihrer finanziellen Situation und Einschätzung potentieller Investitionstätigkeiten basiert. Die jährliche Befragung wurde im Winter 2023/24 bereits zum dreizehnten Mal durchgeführt und bietet somit die Möglichkeit, Zeitvergleiche zu den Ergebnissen der vorangegangenen Jahre anzustellen. In Folge wird aus demoskopischer Sicht analysiert und fallweise in Kombination mit Sekundärstatistiken interpretiert. Als methodische Basis für die Bewertung dienen neben den Befragungsergebnissen auch sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse sowie die langjährige Praxisexpertise des Verfassers dieses Gutachtens. Zu Ausbildung und Qualifikation des Autors wird auf die gerichtliche Zertifizierung verwiesen (§86 GOG).

II. STUDIENBEFUNDE

Allgemeines

Im Rahmen dieser Untersuchung führte Pitters® Trendexpert von November bis Dezember 2023 insgesamt 305 Online-Interviews (CAWI) mit Verantwortlichen auf Gemeindeebene (Bürgermeister, Amtsleiter u.a.) durch. Die durchschnittliche Interviewdauer lag bei rund 12 Minuten. Zentrale Fragen der Studie waren die aktuelle finanzielle Situation der Gemeinden sowie Hindernisse und Möglichkeiten künftiger Investitionen. Nachstehend folgen ausgewählte Ergebnisse mit grafischer Aufarbeitung der erhobenen Gesamtwerte. Aufgrund von Rundungsdifferenzen ergeben sich dabei Prozentsummen von 99-101%. Sämtliche Detailergebnisse umfasst der anschließende Tabellenband.

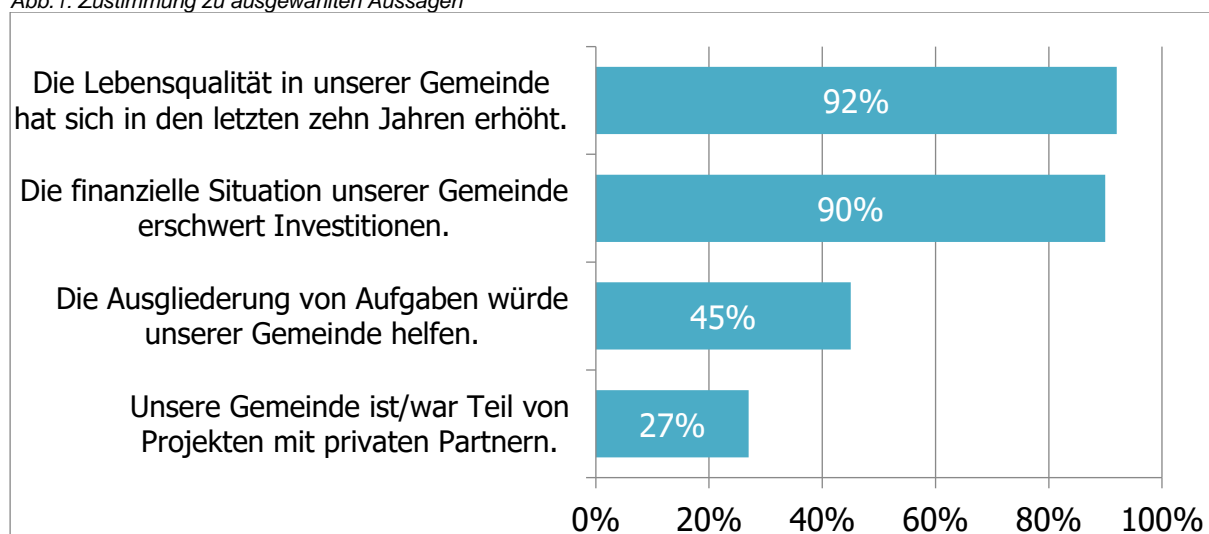
Beschreibung der Respondenten

Hinweis: Zugunsten der Lesbarkeit wird auf eine männlich/weiblich Formulierung verzichtet, sämtliche Ausdrücke, die männlich formuliert sind, gelten sinngemäß auch für Frauen. Insgesamt nahmen österreichweit 305 Entscheidungsträger in den einzelnen Gemeinden an der Umfrage teil, das entspricht einem Rücklauf von rund 15% der Gemeinden Österreichs. In 131 Fällen beantworteten die Bürgermeister den Online-Fragebogen, in 96 Fällen die Amtsleiter, in den restlichen Fällen waren es andere Gemeindebedienstete (z.B. Finanzleiter, Kassenverwalter). 85% der Befragten sind Männer, 15% Frauen. Die soziodemographischen Variablen wie Geschlecht, Alter und Schulbildung entsprechen der realen Verteilung in den Gemeinden, damit sind repräsentative Interpretationen zulässig. Darüber hinaus wurden als zusätzliche Variablen für den Tabellenband die Ortsgröße, die Funktion der Befragten und die Einschätzung der finanziellen Situation der Gemeinde ausgewertet.

Allgemeine Aussagen zur Gemeinde

Generell ist die Zustimmung zu den abgefragten Aussagen betreffend Lebensqualität und finanzielle Situation über die Jahre hinweg stabil. Stets die größte Mehrheit der Befragten (92%, -2 Pp., siehe Abb. 1) geht davon aus, dass sich die Lebensqualität in ihrer Gemeinde in den letzten Jahren erhöht habe. Neun von zehn Entscheidungsträgern (90%, +12 Pp.) geben an, dass die finanzielle Situation ihrer Gemeinde derzeit Investitionen erschweren würde. Das heißt jedoch nicht, dass keine Investitionen mehr getätigt werden. Rund ein Viertel der Gemeinden ist/war Teil von Projekten mit privaten Partnern (27%, +5 Pp.). Dass das Ausgliedern von Aufgaben der Gemeinde helfen würde, glauben immerhin 45% (± 0 Pp.).

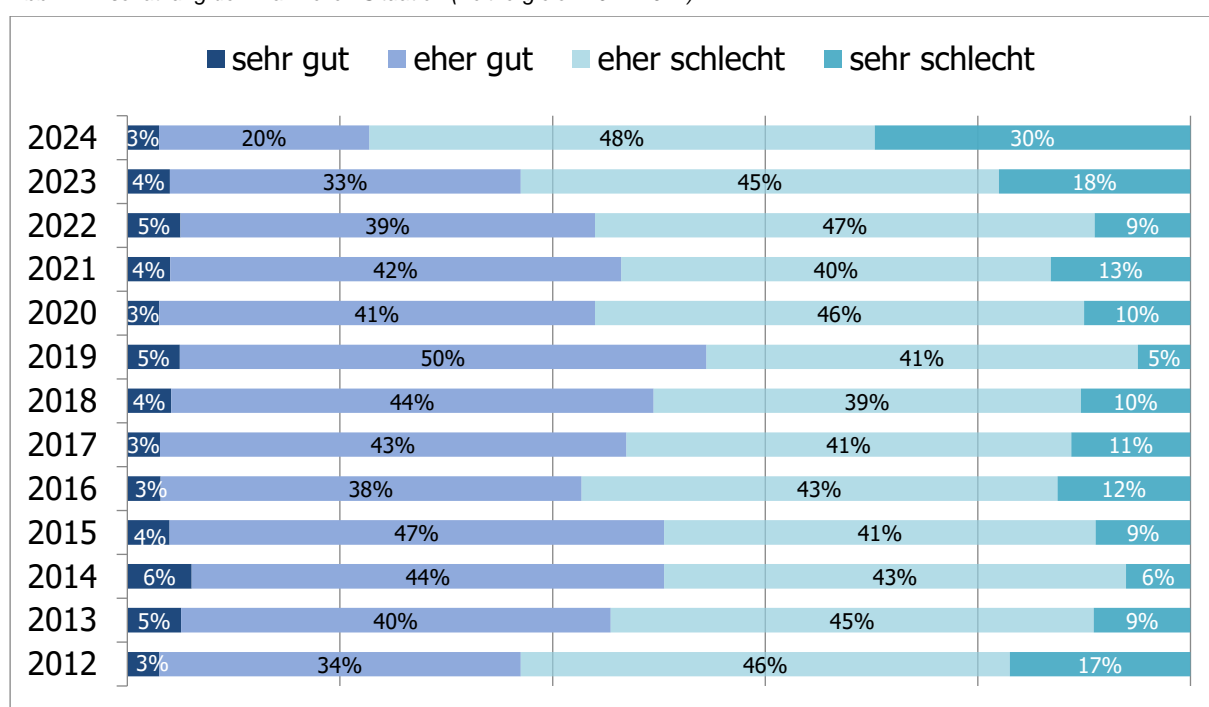
Abb. 1: Zustimmung zu ausgewählten Aussagen



Aktuelle finanzielle Lage der Gemeinden

Die subjektive Einschätzung der finanziellen Lage zeigt, dass in den Gemeinden gegenüber den Vorjahren eine eher pessimistischere Stimmung herrscht, was nicht zuletzt auch durch die gegenwärtig auferlegten Beschränkungen aufgrund der allgemeinen Inflation erklärt werden kann. 2024 schätzen 23% (-14 Pp. gegenüber 2023) der Gemeinden ihre finanzielle Lage als „sehr gut“ oder „eher gut“ ein und 78% (+15 Pp. gegenüber 2022, siehe Abb. 2) als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“.

Abb.2: Einschätzung der finanziellen Situation (Zeitvergleich 2012-2024)

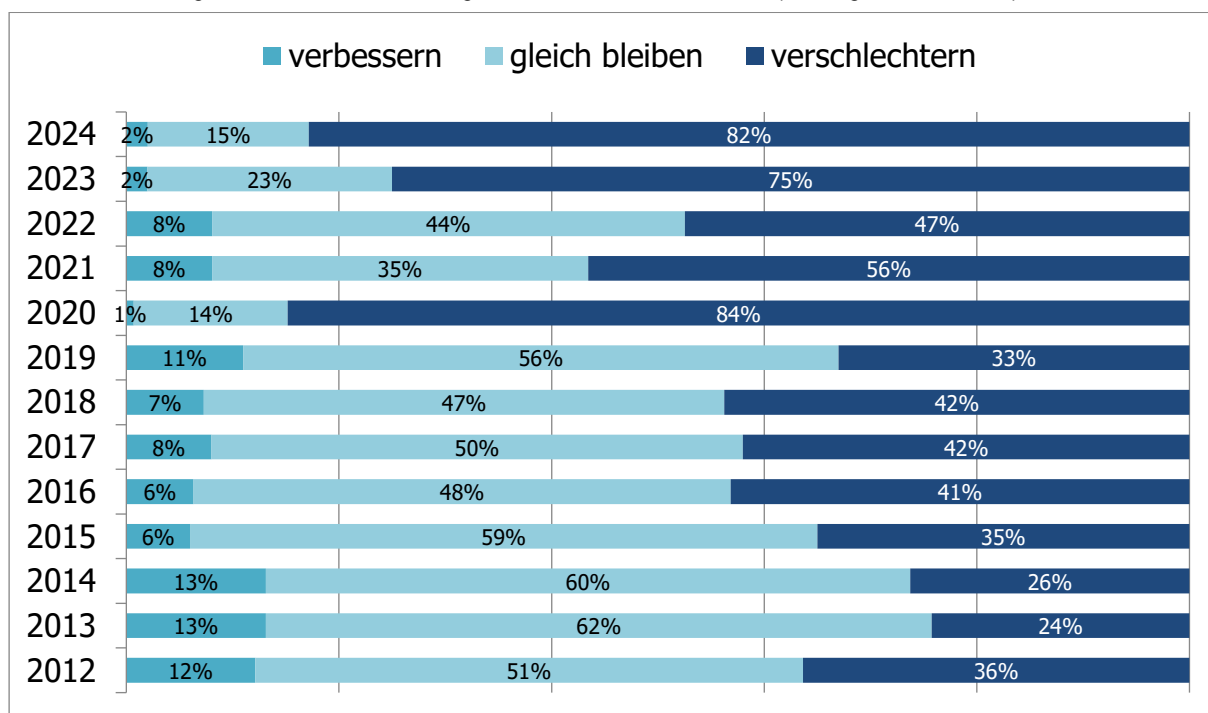


Die Beurteilung der finanziellen Lage variiert zwischen kleineren und größeren Gemeinden, wobei kleine Gemeinden eine negativere Einschätzung abgeben. Gemeinden mit bis zu 1.000 Einwohnern sagen nur zu 17% (-11 Pp. gegenüber 2023), dass ihre finanzielle Lage gut sei, jene mit 1.001 bis 2.000 Einwohnern zu 27% (-8 Pp.), jene mit 2.001 bis 5.000 Einwohnern zu 21% (-20 Pp.) und jene mit 5.001 bis 10.000 Einwohnern zu 11% (-37 Pp.). Interessanterweise sagen größere Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern ebenfalls zu 27% (-19 Pp.), dass ihre finanzielle Lage gut sei, wobei hier auf die geringe Fallzahl (n=15) und die damit einhergehende größere Schwankungsbreite hinzuweisen ist. Es zeigt sich somit, dass insbesondere Gemeinden mit bis 5.001 bis 10.000 Einwohnern besonders in Krisenzeiten großen Herausforderungen gegenüberstehen.

Änderung der finanziellen Situation

Der Anteil der Gemeinden, die von stabilen finanziellen Entwicklungen in den kommenden Jahren ausgehen, ist im vergangenen Jahr deutlich gesunken: 2024 gehen 15% (-8 Pp., siehe Abb. 3) davon aus, dass ihre finanzielle Situation gleichbleiben wird, 82% (+7 Pp.) befürchten jedoch, dass sie sich verschlechtert. Von einer Verbesserung gehen nur 2% (±0 Pp.) aus. Ein Zusammenhang besteht zwischen der Einschätzung der aktuellen und jener der künftigen Lage: Gemeinden, die ihre derzeitige finanzielle Lage bereits als schlecht bezeichnen, gehen zu 85% davon aus, dass sich die Lage auch in den kommenden Jahren weiter verschlechtern wird.

Abb.3: Einschätzung der finanziellen Entwicklung für die kommenden zwei Jahre (Zeitvergleich 2012-2024)

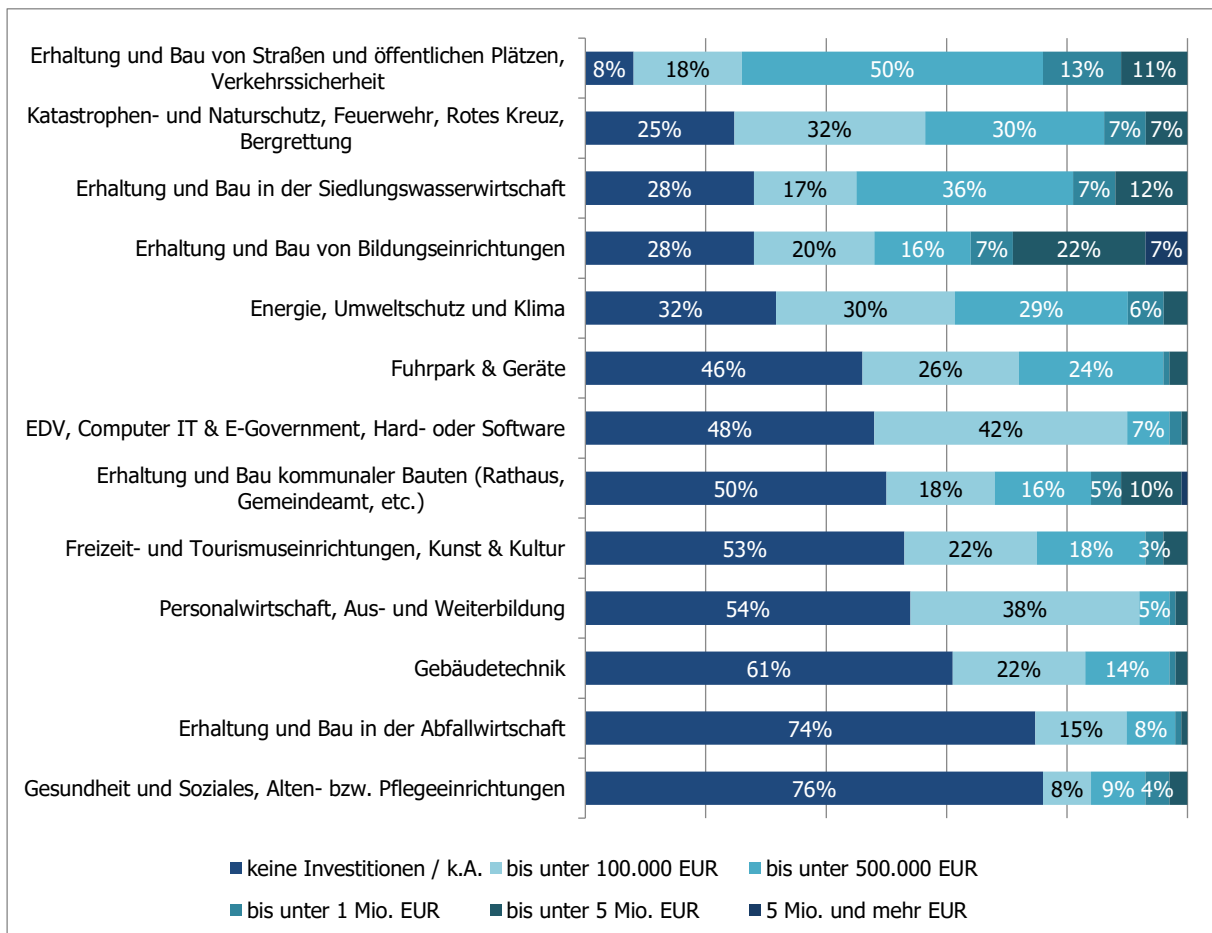


Geplante Investitionen bis Ende 2024

Am häufigsten werden Investitionen in den Erhalt und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen bzw. zur Verkehrssicherheit geplant: mit Ausnahme von 8% der Gemeinden planen alle, bis Ende 2024 in diesen Bereich zu investieren. Der Investitionswert beläuft sich dabei für zwei Drittel der Gemeinden (68%, siehe Abb. 4) auf bis zu 500.000 EUR, für 13% auf bis zu 1 Mio. EUR und für weitere 11% sogar auf mehr als 1 Mio. EUR.

Am zweithäufigsten geplant werden Investitionen im Bereich „Katastrophen- und Naturschutz/Feuerwehr/Rotes Kreuz/Bergrettung“ (75%). Auf den weiteren Plätzen folgen geplante Investitionen in den Erhalt und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft (72%) sowie in Bildungseinrichtungen (72%), wobei jedoch die Investitionssumme in Bildungseinrichtungen in absoluten Zahlen am höchsten ist. Ebenfalls sind von noch mehr als jeder zweiten Gemeinde in Österreich Investitionen in den Bereichen „Energie, Umweltschutz und Klima“ (68%), „Fuhrpark und Geräte“ (54%), „EDV, Computer IT & E-Government, Hard- und Software“ (52%) und „Erhalt und Bau kommunaler Bauten“ (50%) geplant. Im EDV-Bereich liegen die geplanten Investitionskosten am niedrigsten (42% bis unter EUR 100.000). In den Katastrophen- und Naturschutz planen 62% der Gemeinden, maximal EUR 500.000 EUR zu investieren, in Fuhrpark und Geräte 50%. In den Erhalt und Bau kommunaler Bauten planen immerhin 15%, mehr als EUR 500.000 bis Ende 2024 zu investieren. Insgesamt zeigt sich, dass die geplanten Investitionen gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben sind.

Abb.4: Geplante Investitionen bis Ende 2024



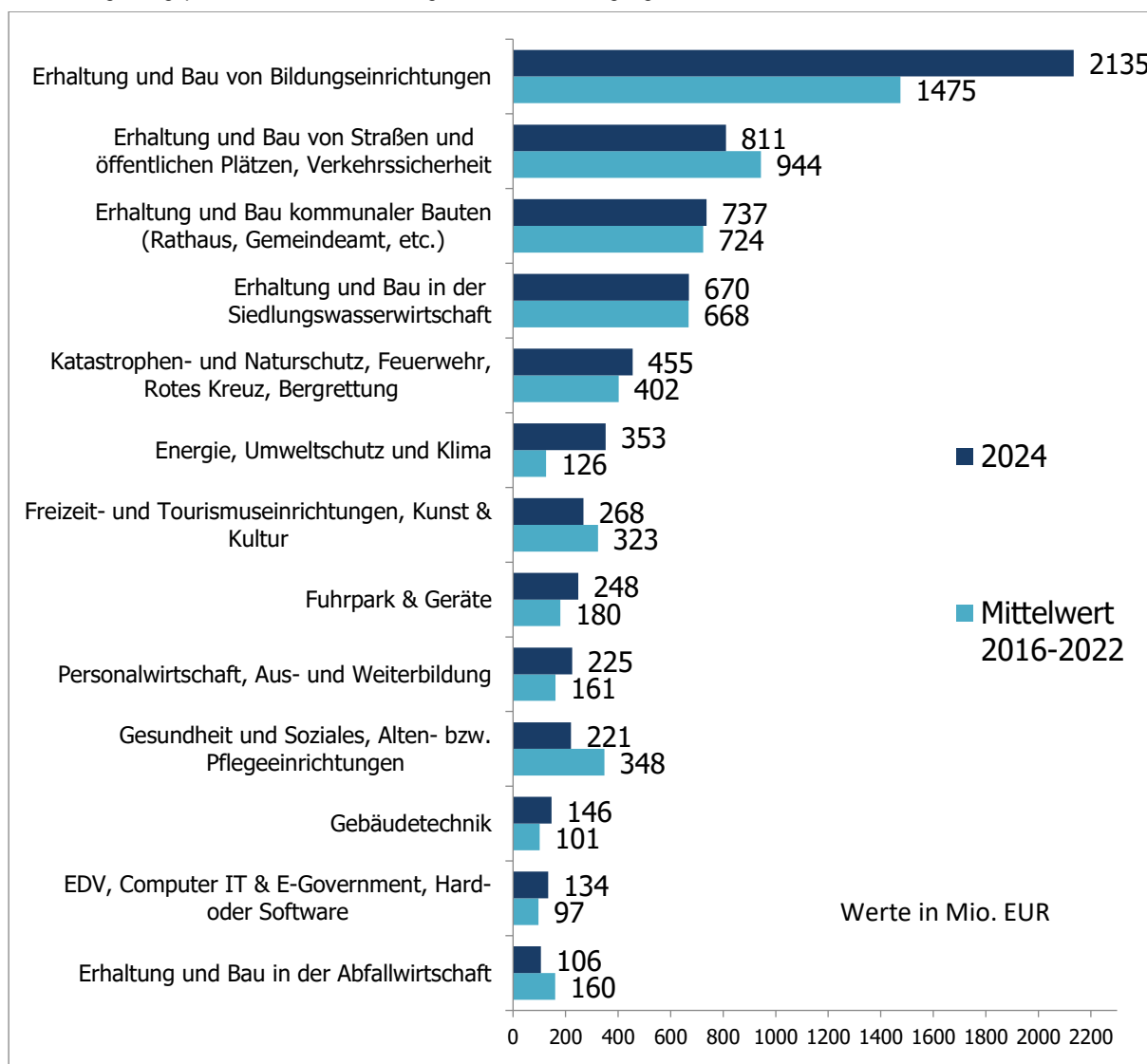
Von etwa der Hälfte der Gemeinden sind Investitionen in „Freizeit und Tourismuseinrichtungen, Kunst & Kultur“ und „Personalwirtschaft sowie Aus- und Weiterbildung geplant“, wobei die Investitionen in diesem Bereich nur selten (8%) die EUR 100.000-Grenze übersteigen dürften. In allen anderen abgefragten Bereichen planen nur im Schnitt 30% der Gemeinden, bis Ende 2024 überhaupt Investitionen zu tätigen. Auffällig dabei ist die geringe Investitionsfreudigkeit in Gesundheit und Soziales sowie Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen: nur ein Viertel der Gemeinden wollen hier weiter investieren.

Vergleich geplante Investitionen

Die kommunalen Entscheidungsträger wurden befragt, in welcher Höhe Investitionen bis zum Jahresende 2024 geplant sind – demgegenüber wurde der Mittelwert der Jahre 2016-2022 (siehe Abb. 5) gestellt. Die größten Investitionsvorhaben betreffen wie in den Vorjahren die Bildungseinrichtungen (das Investitionsvolumen liegt 2024 bei rund EUR 2.135 Mio., somit 45 Prozent über dem Mittelwert), „Erhaltung und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen, Verkehrssicherheit“ (EUR 811 Mio., -14%) sowie die Bereiche „Erhaltung und Bau kommunaler Bauten“ (EUR 737 Mio., +2%) und „Erhaltung und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft“ (EUR 670 Mio., dieser Wert liegt gleichauf mit dem Mittelwert der letzten sechs Jahre).

Ebenso erwarten die kommunalen Entscheidungsträger einen Anstieg der geplanten Investitionen bis Ende 2024 in den Bereichen „Katastrophen- und Naturschutz“ (EUR 455 Mio., +13%), „Fuhrpark & Geräte“ (EUR 248 Mio., +38%) sowie „Personalwirtschaft, Aus- und Weiterbildung“ (EUR 225 Mio., +40%). Der Bereich „Energie, Umweltschutz und Klima“ darf auch mit einem wesentlichen Budget rechnen, die Ausgaben werden voraussichtlich rund EUR 353 Mio. betragen und steigen damit 2024 im Vergleich zu den Vorjahren prozentuell am stärksten an (+180%). Erhebliche Einsparungen betreffen die Bereiche „Freizeit- und Tourismuseinrichtungen“ (EUR 268 Mio., -17%) und „Gesundheit und Soziales, Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen“ (EUR 221 Mio., -36%). Die geplanten Investitionen in die Gebäudetechnik (EUR 146 Mio., +45%) sowie in „EDV, Hard- und Software“ (EUR 134 Mio., +38%) wachsen deutlich an. Die Ausgaben für „Erhaltung und Bau in der Abfallwirtschaft“ werden laut Auskunft der kommunalen Entscheidungsträger um etwa ein Drittel von EUR 160 Mio. auf EUR 106 Mio. sinken.

Abb.5: Vergleich geplante Investitionen – hochgerechnet aus Befragungen 2016-2024

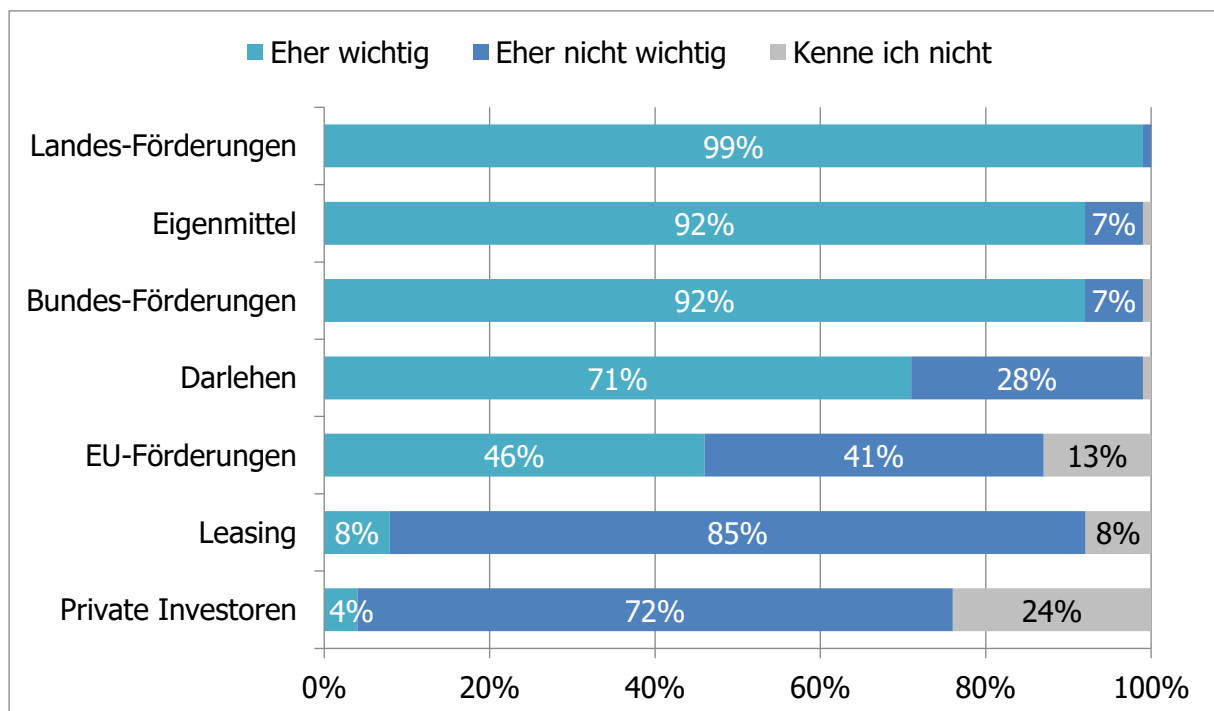


Finanzierungsarten

Die angeführten Investitionsvorhaben legen teilweise beträchtliche Kosten offen, deren Finanzierung auf unterschiedliche Arten erfolgen kann. Für die meisten Gemeinden stehen Landes-Förderungen (99%, +2 Pp., siehe Abb. 6), Eigenmittel (92%, +1 Pp.), Bundes-Förderungen (92%, +1 Pp.) sowie Darlehen/Kredite (71%, -2 Pp.) an oberster Stelle der Möglichkeiten. Bemerkenswert ist hierbei, dass der Anteil jener Befragten, die angeben, dass Bundes-Förderungen wichtig seien, während der Corona-Krise stark angestiegen ist und nun gleichauf mit den Eigenmitteln liegt.

EU-Förderungen werden von 46% der Gemeinden als wichtige Finanzierungsquelle für die geplanten Investitionen genannt, für 41% spielen sie hingegen keine Rolle. Dass 13% der Gemeinden sich zu EU-Förderungen nicht äußern bzw. diese nicht kennen, zeigt den Informationsbedarf, der diesbezüglich noch besteht. Daneben eine Rolle spielen Leasingangebote (8%, -3 Pp.) und private Investoren (4%, -1 Pp.).

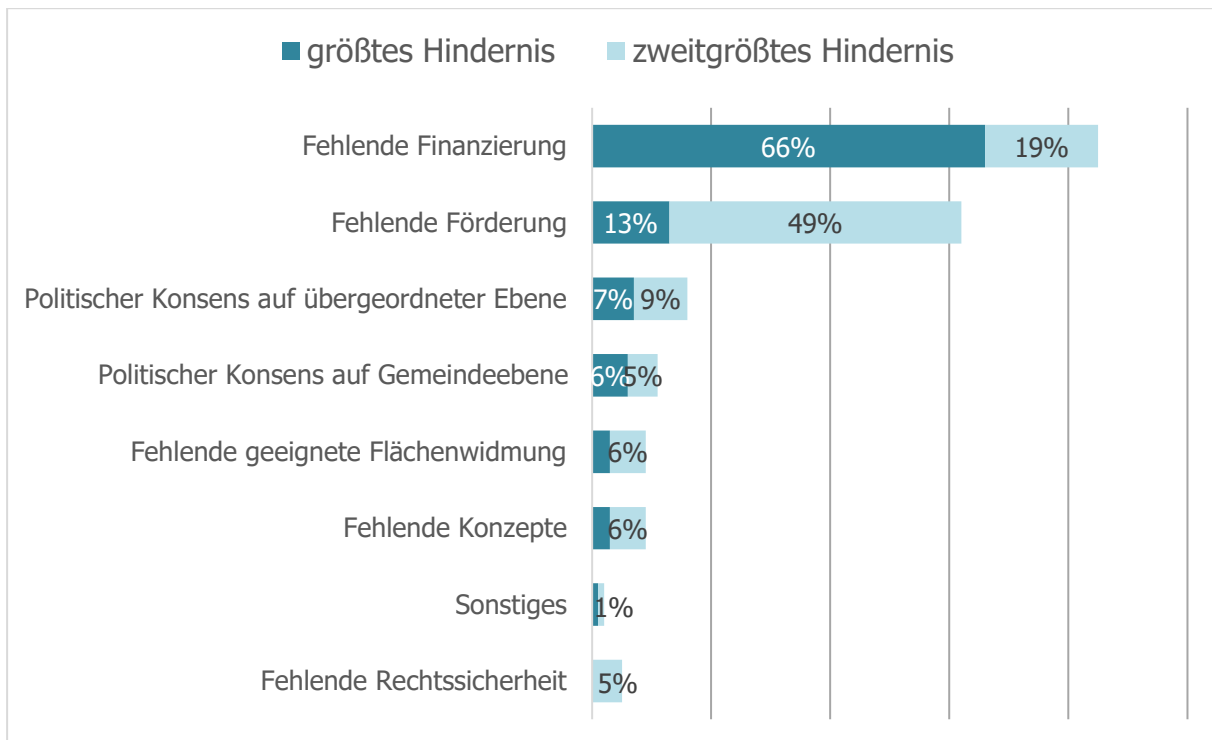
Abb.6: Einschätzung der Wichtigkeit einzelner Finanzierungsarten



Größtes Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene

„Was ist aus Ihrer Sicht das größte bzw. zweitgrößte Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene?“ – diese Frage wurde in der Vergangenheit in der Regel mit fehlenden Finanzierungen und fehlenden Förderungen beantwortet. Auch in der diesjährigen Umfrage stehen diese beiden Aspekte ganz oben. 66% der Gemeinden nennen die fehlende Finanzierung als größtes Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene, weitere 19% sehen es als zweitgrößtes Hindernis (Summe: 85%, +7 Pp., siehe Abb. 7). Fehlende Förderungen werden von 13% der Gemeinden als größtes Hindernis und von weiteren 49% als zweitgrößtes Hindernis eingestuft (Summe: 62%, +5 Pp.). Alle weiteren potentiellen Hindernisse werden nur noch von wenigen Gemeinden als relevant eingestuft, etwa der fehlende politische Konsens auf übergeordneter Ebene (Summe: 16%) oder auf Gemeindeebene (Summe: 11%).

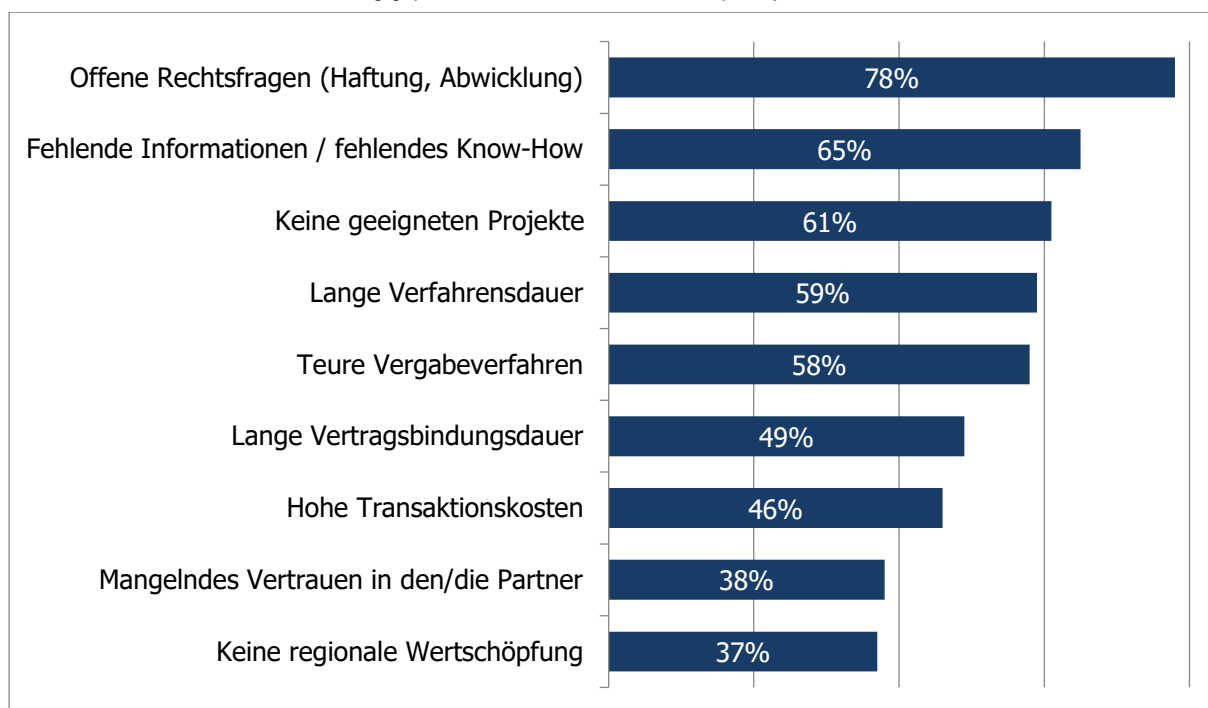
Abb.7: Hindernisse für Investitionen auf Gemeindeebene



Hindernisse bei der Realisierung Öffentlich-Privater Partnerschaften

Die ausbaufähige Relevanz von sogenannten „Public-Private-Partnerships“ ist auch auf mehrere Hindernisse zurückzuführen, allen voran offene Rechtsfragen in Bezug auf Haftung und Abwicklung (78%, +7 Pp., siehe Abb. 8). Für rund zwei Drittel der befragten Gemeinden stellen fehlende Informationen bzw. fehlendes Know-How (65%, +1 Pp.) entsprechende Hindernisse dar. Ebenso mehr als die Hälfte der kommunalen Entscheidungsträger haben keine geeigneten Projekte in ihrer Gemeinde (61%, ±0 Pp.) oder nennen lange Verfahrensdauern (59%, ±0 Pp.) und teure Vergabeverfahren (58%, +2 Pp.) als Herausforderungen. Auch lange Vertragsbindungsdauern (49%, +2 Pp.) und hohe Transaktionskosten (46%, ±0 Pp.) stellen für die Gemeinden Hindernisse bei der Realisierung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften dar. Am seltensten genannt wurden „mangelndes Vertrauen in den/die Partner“ (38%, +8 Pp.) sowie „keine regionale Wertschöpfung“ (37%, -2 Pp.). Insgesamt zeigt sich, dass die meisten angeführten Hindernisse im Vergleich zum Vorjahr ähnlich häufig genannt werden.

Abb.8: Hindernisse bei der Realisierung geplanter Public-Private-Partnership-Projekte



Innovation

Im nächsten Abschnitt wurden die kommunalen Entscheidungsträger gebeten, die einzelnen Bereiche ihrer Gemeinde auf einer Skala von 1 (gar nicht innovativ) bis 10 (sehr innovativ) zu beurteilen. Die Spitzenposition nimmt „Verwaltung der Finanzen“ mit einem Mittelwert von 6,82 ein (siehe Abb. 9). Es folgen Infrastruktur, Abfall- und Umweltmanagement sowie Energieversorgung. Im Mittelfeld befinden sich Wirtschaftlichkeit, Bildungsangebote, Soziale Angebote, Gesundheitsversorgung sowie Digitale Serviceleistungen. Als weniger innovativ werden die Bereiche Gebäudesanierung, Sicherheitsmanagement, Altersversorgung und Bürgerbeteiligung eingestuft. In der diesjährigen Erhebung zeigt sich insgesamt eine angespannte finanzielle Ausgangslage – nun gilt es dennoch, innovative Ansätze, beispielsweise in Bezug auf Verwaltung der Finanzen und Infrastrukturlösungen zu nutzen, um die Chance zu ergreifen, wichtige Projekte im direkten Austausch mit den BürgerInnen umzusetzen.

Abb.9: Innovative Bereiche in der Gemeinde (Mittelwerte)

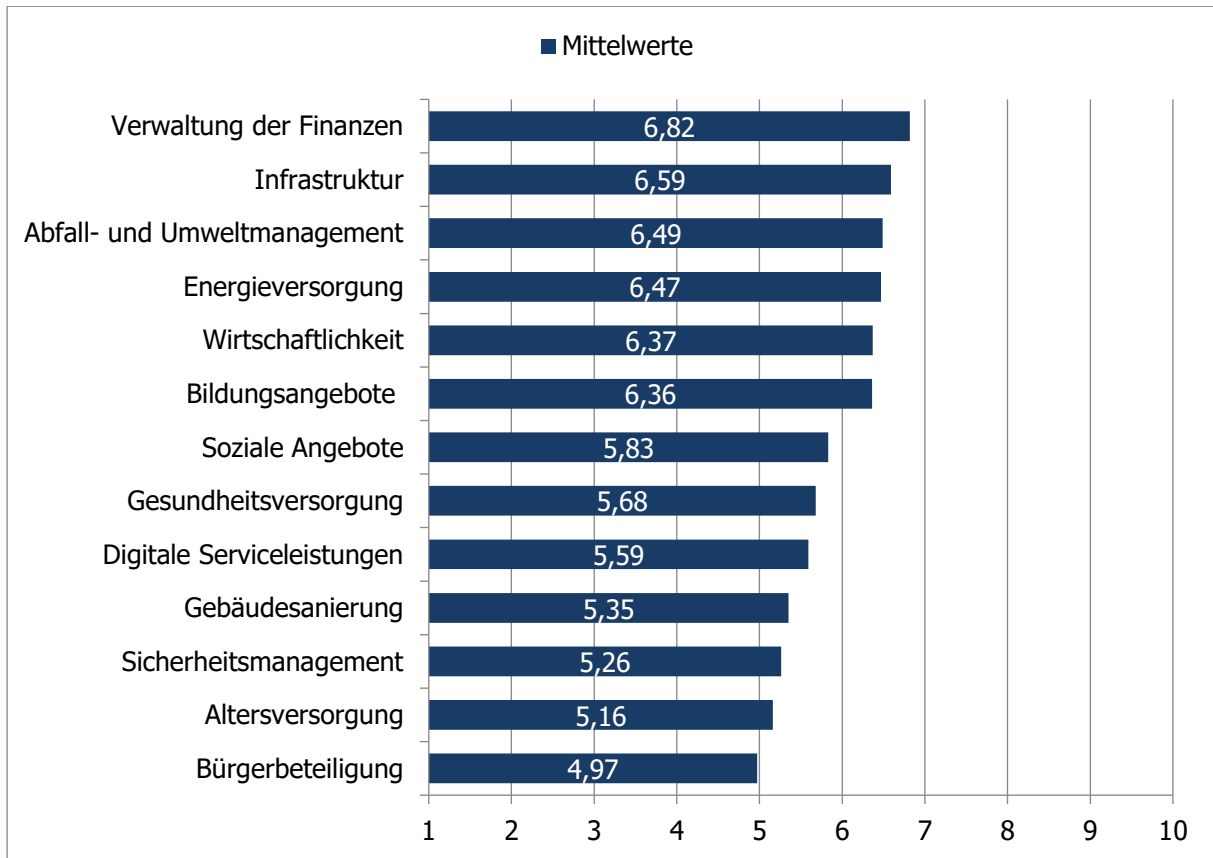
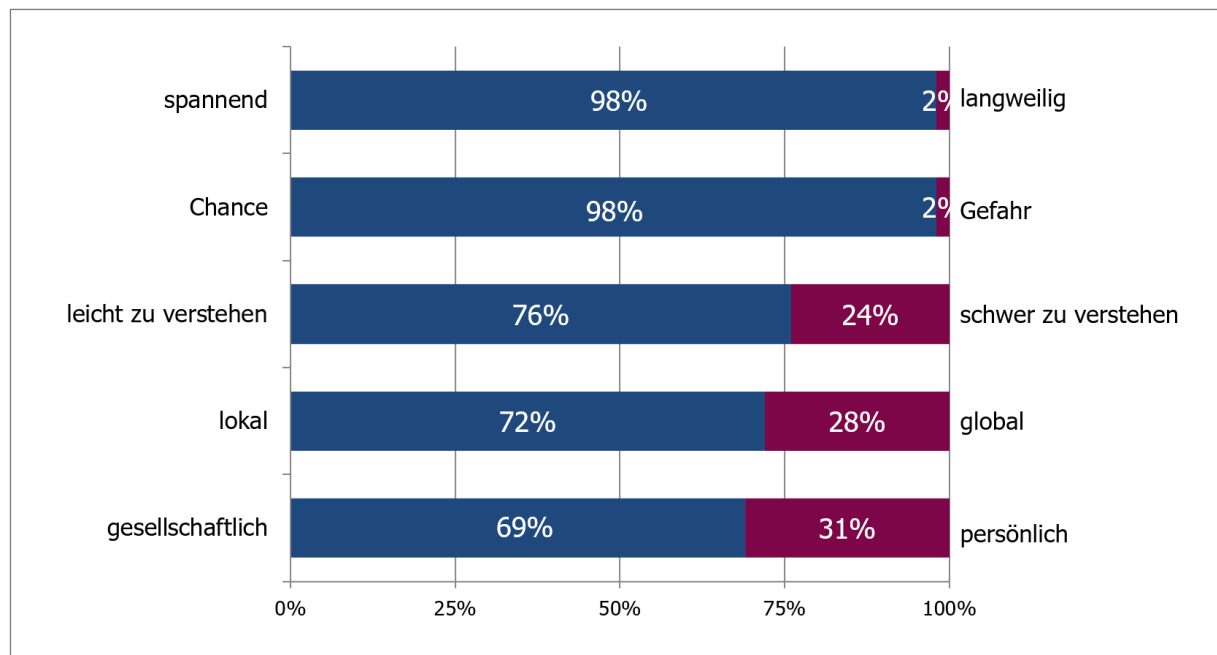


Abb.10: Begriffspaare Innovation



Die kommunalen Entscheidungsträger haben in weiterer Folge gegensätzliche Begriffspaare zum Thema Innovation bewertet. Für 98% sind Innovationen spannend, 2% empfinden diese als langweilig (siehe Abb. 10). 98% sehen Innovation demnach als Chance, lediglich 2% betrachten diese als Gefahr. 76% der kommunalen Entscheidungsträger geben an, dass Innovationen leicht zu verstehen sind. 72% denken, dass Innovationen lokal sind, 28% bevorzugen die Antwortoption global. Für 69% der Befragten sind Innovationen als gesellschaftlich zu interpretieren, 31% sind der Ansicht, dass diese persönlich sind.

Elektromobilität

Für den Gemeindeinvestitionsbericht 2024 wurde als nächstes Themenfeld abgefragt, wie die Gemeinden in Bezug auf Elektromobilität agieren. Drei von vier (74%, -6 Pp. im Vergleich zum Vorjahr, siehe Abb. 11) Befragten geben an, dass das Thema Elektromobilität in der Gemeinde in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen habe. Die überwiegende Mehrheit der kommunalen Entscheidungsträger bestätigt, dass in ihrer Gemeinde bereits öffentlich zugängliche Ladeplätze für Elektrofahrzeuge vorhanden seien (77%, +8 Pp.), dass die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ausgebaut werden soll (63%, -3 Pp.) und dass die Nutzung von Elektromobilität wichtig für das Image ihrer Gemeinde sei (52%, -1 Pp.).

Relativ ausgewogen fällt die Zustimmung zu folgenden Zielsetzungen aus: die Gemeinde verfüge bereits über eigene erneuerbare Energieressourcen zur Nutzung von E-Mobilität – dieser Aussage stimmen 56 % zu – und die Gemeinde arbeite bereits mit einem oder mehreren Anbietern zum Themenbereich Elektromobilität zusammen (44% Zustimmung). Ähnlich hoch ist der Anteil jener Gemeinden, die die Anschaffung von Elektrofahrzeugen planen (44%, -3 Pp.), oder angeben, dass die Gemeinde Anreize schaffe, um die Bevölkerung zur Nutzung von Elektromobilität zu motivieren (42%, ±0 Pp.) und die bei entsprechend interessanten Angeboten die Möglichkeit sehen, einen Teil des Gemeindebudgets 2024 in Elektromobilität zu investieren (34%, -9 Pp.). Abschließend gibt ein Viertel der kommunalen Entscheidungsträger an (24%, -6 Pp.), Kinder und Jugendliche gezielt über Elektromobilität (Flyer, Video, Spiel) informieren zu wollen. In weiterer Folge wurden die kommunalen Entscheidungsträger gebeten, mehrere Aspekte der Elektromobilität in ihrer Gemeinde auf einer fünfstufigen Skala (1 ist sehr wichtig, 5 ist gar nicht wichtig) einzuschätzen. Planbare Kosten stellen demnach den größten Vorteil dar (Mittelwert 1,83, siehe Abb. 12), es folgen die Argumente der ordnungsgemäßen Beschaffung (20,5) und der lokalen Wertschöpfung (2,47). Eine geringe Rolle spielen die Nutzung von Elektrofahrzeugen im Bauwesen (3,12) und Sharing Systeme (3,26).

Abb. 11: Elektromobilität

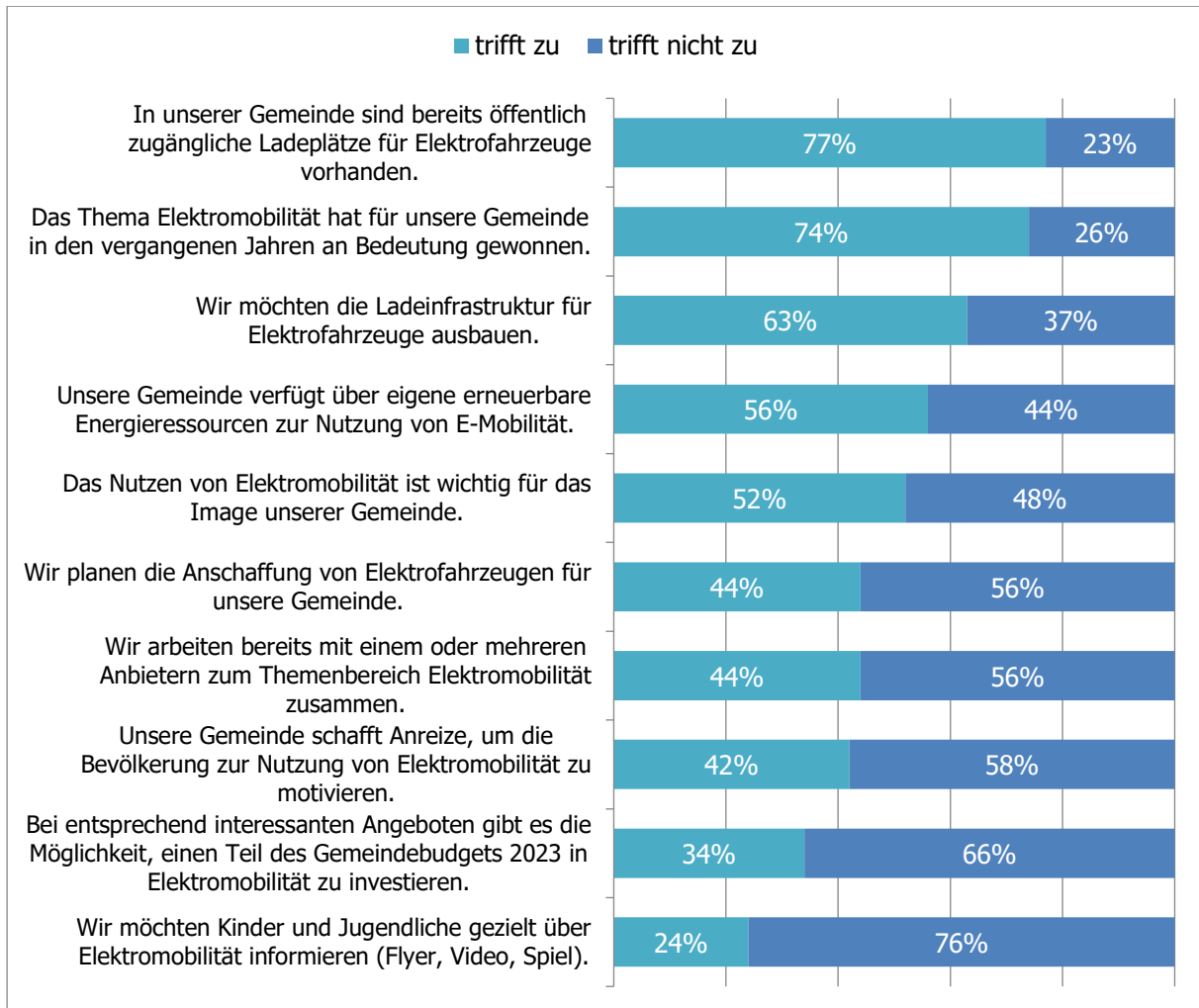
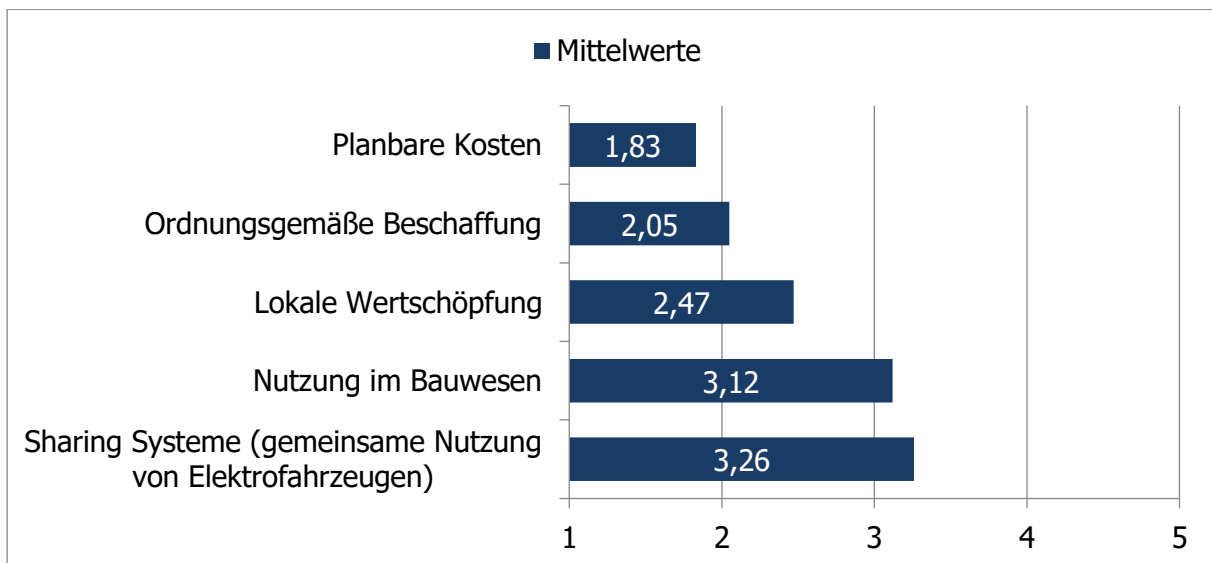


Abb. 12: Elektromobilität (Mittelwerte)



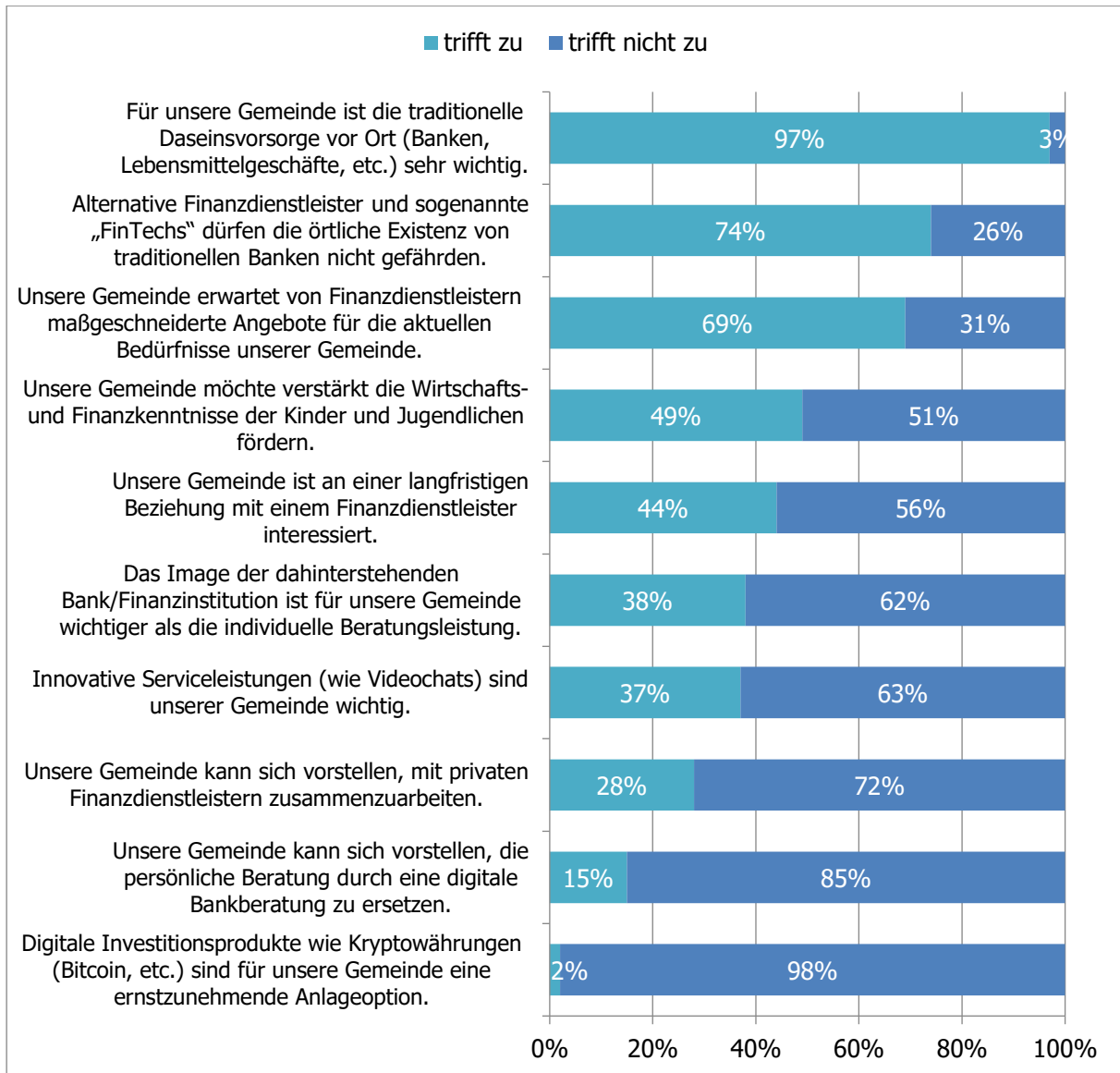
Finanzdienstleistungen

In weiterer Folge wurde ebenso vertiefend abgefragt, welche Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge die Gemeinden im Zusammenhang mit Finanzdienstleistungen haben. Die überwiegende Mehrheit von 97% (+1 Pp., siehe Abb. 13) gibt an, dass die traditionelle Daseinsvorsorge vor Ort (Banken, Lebensmittelgeschäfte, etc.) sehr wichtig sei. Rund drei Viertel der Befragten stimmen zu, dass alternative Finanzdienstleister und sogenannte „FinTechs“ die örtliche Existenz von traditionellen Banken nicht gefährden dürfen (74%, +2 Pp.) und dass man von Finanzdienstleistern maßgeschneiderte Angebote für die aktuellen Bedürfnisse erwarte (69%, -6 Pp.).

Im Mittelfeld finden sich die Aussagen, wonach man verstärkt die Wirtschafts- und Finanzkenntnisse der Kinder und Jugendlichen fördern möchte (49% Zustimmung) und innovative Serviceleistungen (wie Videochats) wichtig seien (37% Zustimmung). Weiterhin sind 44% (-3 Pp.) der Gemeinden an einer langfristigen Beziehung mit einem Finanzdienstleister interessiert. 38% der Befragten geben an, dass die dahinterstehende Bank/Finanzinstitution für ihre Gemeinde wichtiger als die individuelle Beratungsleistung sei. Ein Viertel der Gemeinden kann sich vorstellen, mit privaten Finanzdienstleistern zusammenzuarbeiten (28%, +3 Pp.).

Abschließend lehnen die befragten kommunalen Entscheidungsträger jene Ansätze, wonach die persönliche Beratung durch eine digitale Bankberatung ersetzt werden könnte (85% Ablehnung) oder man sich näher mit digitalen Investitionsprodukten wie Kryptowährungen (Bitcoin, etc.) als ernstzunehmende Anlageoption beschäftigen könnte (98% Ablehnung), relativ deutlich ab. In der Krise scheinen die Gemeinden eher auf bewährte Wertanlagen zu setzen. Der variable Hype um Kryptowährungen spiegelt sich auf Gemeindeebene nicht wider. Zusammenfassend lässt sich im Vergleich zu den Vorjahren sagen, dass die (anfängliche) Skepsis gegenüber digitalen und innovativen Serviceleistungen merklich abgenommen hat, aber die Bedeutung der Sicherung von regionalen Arbeitsplätzen und langfristiger Stabilität doch überwiegt.

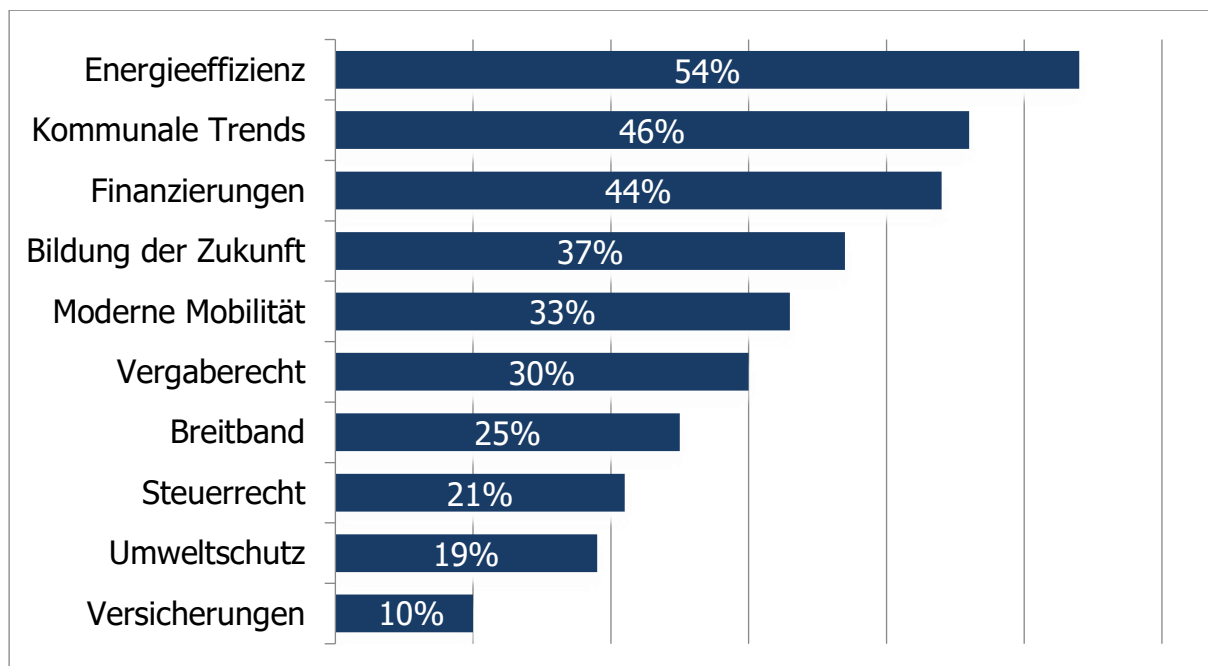
Abb. 13: Finanzdienstleistungen



Informationsbedarf

Zudem wurde ein potentieller Informationsbedarf der Gemeinden bzw. der dort Bediensteten abgefragt. An erster Stelle besteht Interesse an den Themen Energieeffizienz (54%, siehe Abb. 14), kommunale Trends (46%) und Finanzierungen (44%), gefolgt von Bildung der Zukunft (37%), moderner Mobilität (33%) und Vergaberecht (30%). Etwa jede vierte Gemeinde hat Informationswünsche hinsichtlich Breitband (25%) und Steuerrecht (21%). Eher geringer Informationsbedarf besteht bei den Themen Umweltschutz (19%) und Versicherungen (10%).

Abb. 14: Informationsbedarf der Gemeinden



Die nun schon zum dreizehnten Mal durchgeführte Erhebung bietet erneut einen fundierten Überblick über die aktuelle Situation in den Gemeinden und ermöglicht zudem vielfältige Vergleiche in Bezug auf die Ergebnisse der letzten Jahre. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Fragestellungen objektiv und verständlich formuliert waren und es gab während der Feldphase keinerlei negative Rückmeldungen. Im Vergleich zu den Vorjahren zeigen sich durchaus nennenswerte Unterschiede insbesondere was die geplanten Finanzierungen aber auch den Anstieg der Investitionsvorhaben angeht. Dies ist mit größter Wahrscheinlichkeit auf den Einfluss der Coronavirus-Pandemie und der hohen Energie-Preise zurückzuführen und zeigt erneut, dass sich diese Untersuchung als sensibles Instrument bewährt hat, wirtschaftliche und politische Einflussfaktoren für kommunale Entscheidungen zuverlässig zu erfassen.

Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung, mit freundlichen Grüßen



Dr. Harald Pitters

Wien, Januar 2024